Der Hauptausschuss hat beschlossen:

Der Landesjugendring setzt sich öffentlich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ein, insbesondere für Kinder, Jugendliche und deren Eltern bzw. Angehörige, sowie Schwangere. Die Geschäftsstelle veröffentlicht hierzu zeitnah eine Pressemitteilung. Der Vorstand wendet sich postalisch in Form eines Offenen Briefes mit der Kritik an der Bezahlkarte an die Landesintegrationsbeauftragte, den Innenminister, sowie die Sozial- und Bildungsministerinnen.

Der Hauptausschuss beschließt im Umlaufverfahren folgenden Aufschlag für den offenen Brief an die Ministerien und an die Landesintegrationsbeauftragte

Kritik an der Einführung einer Bezahlkarte für Menschen im Asylbewerberleistungsbezug in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat mit Sorge die Pläne der Landesregierung zur landesweiten Einführung einer Bezahlkarte für Menschen im Asylbewerberleistungsbezug zur Kenntnis genommen und rät der Landesregierung mit Hinblick auf die Rechte von jungen Menschen und Familien in Mecklenburg-Vorpommern von der Einführung einer Bezahlkarte ab.

Aus folgenden Gründen hält der Landesjugendring die Einführung einer Bezahlkarte in MV für gefährlich:

1) Die Bezahlkarte trägt zu Verarmung und sozialer Isolation von Asylsuchenden bei. Asylbewerberleistungen betragen bereits nur ca 70% des Existenzminimums, weshalb mit dem Geld nur schwer hausgehalten werden kann. Wenn nur noch ein kleiner Betrag der Leistungen in Form von Bargeld zur Verfügung steht, dann sind Einkäufe in beispielsweise Sozialkaufhäusern, Kleinanzeigen-Plattformen etc. kaum noch möglich. Insbesondere junge Menschen wären betroffen, da sie nur noch sehr eingeschränkt Zugang zu folgenden Posten hätten: Einkauf von Schulmaterial, Sportkleidung und -geräten, Freizeitaktivitäten und außerschulischer Bildung. Freizeitangebote im Kinder- und Jugendbereich laufen weitgehend über Bargeldverkehr und wären mit einem Modell der Bezahlkarte kaum vereinbar.

2) Kinder werden voraussichtlich auf der Karte der Eltern mitgeführt, was ihre Selbstständigkeit im Alltag einschränkt und sie über das bekannte Maß hinaus als Asylsuchende stigmatisiert. Darüber hinaus verfügen die Ausländerbehörden mit der Bezahlkarte über ein bedeutsames Kontrollinstrument, welches einfach missbraucht werden kann, um Druck auf Schutzuschende auszuüben. Auf diese Weise behindert die Bezahlkarte aktiv gesellschaftliche Teilhabe und Integration.

3) Die Bezahlkarte trifft zu einem großen Anteil Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, da es sich bei den meisten Asylsuchenden um diese Altersgruppe handelt. Kinderarmut ist ein großes Problem in Mecklenburg-Vorpommern. Die Bezahlkarte verschärft dieses Problem, da sie dazu beiträgt, dass Betroffene viele Sachen und Dienstleistungen nicht mehr zu reduzierten Preisen kaufen können, womit sie unter das Existenzminimum fallen. Die Bezahlkarte orientiert sich nicht an individuellen Bedarfslagen und verschärft daher die Verarmung insbesondere für besonders schutzbedürftige Personen. Erste gerichtliche Entscheidungen in Hamburg und Nürnberg erteilten d der restriktiven Bezahlkarte deshalb schon in den vergangenen Monaten eine Absage. Die Bargelbeschränkung auf 50€ wurde hier für rechtswidrig erklärt, da sie es den Betroffenen nicht erlaubte, mit dem wenigen Bargeld ausreichend zu wirtschaften.

Der LJR MV e.V. vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in MV. Der Hauptausschuss hat in diesem Jahr zudem beschlossen, das Thema Kinderarmut öffentlich und gegenüber politischen

Kooperationspartner*innen in den Fokus zu nehmen. Wir setzen uns für die Rechte aller Kinder und Jugendlichen in MV ein, ob mit oder ohne Fluchtgeschichte. Daher sehen wir uns in der Verantwortung, politische Maßnahmen zu kritisieren, die die Gleichstellung und die Würde junger Menschen im Land bedrohen. Mit einer Einführung der Bezahlkarte gehen wir von einer noch größeren gesellschaftlichen Isolierung und Prekarisierung für die betroffenen Gruppen aus.

Darum appelieren wir an Sie, als politische Entscheidungsträger*innen, von der Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende und Geduldete abzurücken. Die Bezahlkarte bringt keine praktischen Vorteile, fördert den Abbau sozialstaatlicher Maßnahmen und wird insbesondere für junge Menschen den Ausschluss aus Teilen des öffentlichen und kulturellen Lebens zur Folge haben. Sollte die Landesregierung an der Politik der Bezahlkarte festhalten, sollte sie zumindest Kindern, Jugendlichen, ihren Familien und Angehörigen sowie Schwangeren den vollen Leistungsersatz als Bargeld auszahlen, um die Kinderarmut in MV nicht weiter zu befördern. Hierfür bedarf es einer eindeutigen Weisung an die kommunalen Ausländerbehörden, um deren Spielraum einzuschränken.